

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 20

Rubrik: CH-Rubrik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

über den Imperialismus und seine Lakaien.» Der Jargon mag grotesk anmuten. Aber todbringend ist er doch.

Nordkoreaner ersetzen Kubaner

In Angola werden mittlerweile die kubanischen Truppen teilweise durch nordkoreanische ersetzt. Nach Schätzungen der Unita (Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas) verstärken bereits «Tausende» von Nordkoreanern die Reihen der angolanischen Armee (Fapla/Volksbefreiungsarmee). Die Lage scheint für die Regierung der MPLA (Volksbefreiungsbewegung) in Luanda äusserst prekär zu sein. «Internationalistischer» Beistand kommt auch aus Guinea-Bissau und von den Kapverden.

Unita operiert bereits in der Provinz Malanje, und ihr Chef Jonas Savimbi, der in der Schweiz studierte, meinte jüngst in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter des unabhängigen «jeune afrique»/Paris, er wolle den Befreiungskampf bis zu Jahresende nach Luanda hineintragen. Unita-Guerillas attackierten schon wiederholt Huambo (Nova Lisboa), die zweitgrösste Stadt des Landes. Die schwierige Lage für die MPLA-Marxisten bestätigte zwischen den Zeilen auch die «Junge Welt», das Organ des Zentralrates der «Freien Deutschen Jugend/FDJ». In einem Bericht über den Einsatz einer DDR-Reparatur-Brigade in der Provinz Malanje heisst es, es wäre effektiver, vor Ort die Fahrzeuge (Panzer?) zu reparieren, aber... «hinzu kommt, dass die Konterrevolutionäre der Unita immer wieder Dörfer, vor allem Transporte auf den schwer zu schützenden Landstrasse überfallen».

Savimbi rechnet mit einer Grossoffensive der Fapla beziehungsweise der Nordkoreaner, Kubaner und ihrer Verstärkungen aus Guinea-Bissau und von den Kapverden. Nach französischen Quellen brachten in den vergangenen Wochen auch die DDR und die Tschechoslowakei je ein Kampfbataillon nach Angola.

Neben den Kubanern spielen die Nordkoreaner als Stellvertreter der Sowjets eine bisher wenig beachtete, aber bedeutende Rolle auf dem afrikanischen Kontinent. Über 4000 Afrikaner aus den verschiedensten Ländern erhielten in den vergangenen zehn Jahren militärische (Guerilla-)Ausbildung in Nordkorea. Derzeit sind nordkoreanische Militärs in elf afrikanischen Staaten tätig, so in Angola, Benin, Kongo (Brazzaville), Libyen, Madagaskar, Mosambik, auf den Seychellen, in Tansanien, Uganda, Sambia und Simbabwe. Die libyschen Truppen, die im Juni vergangenen Jahres in den Tschad einmarschierten (und sich jetzt gemäss Abkommen mit Frankreich zurückziehen), waren von Nordkoreanern begleitet. Die Nordkoreaner dienen vor allem in der libyschen Luftwaffe.

Wie Kuba, so begleicht auch Nordkorea mit dem Söldner-Export seine massiven Schulden gegenüber der Sowjetunion.

Jacques Baumgartner

CH-Rubrik

Fataler Verdacht um SEK-Projekt

Die Abgeordnetenversammlung des Schweiz. Evangelischen Kirchenbundes (SEK) hat ihren Vorstand in diesen Tagen damit beauftragt, «wenn möglich die Initiative zu ergreifen zur Schaffung einer von Bund, Kirchen und eventuell weiteren Institutionen getragenen Förderungs-, Koordinations- und Dokumentationsstelle für Friedensforschung». Wenn wir die Presseberichte darüber richtig interpretieren, soll diese Stelle offenbar ein Forschungsprogramm festlegen, wobei «dann auch eigene Vorstellungen, ausgehend vom christlichen Friedensbegriff, zur Sprache kämen» («NZZ», 25. 9. 84).

Diese Initiative ist offenbar ein Resultat der im Sommer 1983 vom Institut für Sozialethik publizierten Studie «Frieden schaffen – Frieden schützen». Diese Studie, das sei hier ausdrücklich festgehalten, war einer der ganz wenigen Lichtblicke, als im vergangenen Jahr im Zeichen einer einäugigen europäischen Friedensbewegung, die Angstwellen vorab auch in kirchlichen Kreisen hysterisch hochgepeitscht wurden. Das Dokument ist sachlich, umsichtig, fair, klammert heikle Probleme nicht aus und formuliert aus sozialetischer, christlicher Sicht Postulate, die zweifelsfrei von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden. Mit seiner indirekten Absage an die ideologisierte «kritische Friedensforschung» hebt es sich wohltuend von jenen Verlautbarungen aus dem Institut für Sozialethik ab, wie sie noch in den siebziger Jahren der Öffentlichkeit zugemutet wurden. Eine christliche friedenspolitische Initiative im Geiste dieser Studie ist also nur zu begrüssen.

Dennoch drängen sich da Fragen auf, die man sich vor der Konkretisierung dieses Projekts tunlichst überlegen sollte. Friedensforschung, die den *Bund* interessieren muss, hat sich an den Bedürfnissen der schweizerischen Sicherheitspolitik zu orientieren, die sich ja ganz klar als friedensfördernd und friedenschützend versteht. Ausdruck dieser Sicherheitspolitik ist die Gesamtverteidigung, die sich mit einem klaren machtpolitisch determinierten Umfeld konfrontiert sieht. Friedensforschung in diesem Rahmen ist illusionslos; sie erforscht die Konflikt- und Krisenminimalisierung in einer Welt, die nur die machtpolitische Sprache verstehen und sprechen will.

Friedensforschung wie sie durch *Universitätsinstitute* für den reinen Wissenschaftsbetrieb getätigt wird, ist in erster Linie Konfliktforschung, die Strukturen und Muster aufgrund exakter Daten studiert. Machtpolitik ist dabei nur eines der Studienobjekte. Wissenschaftli-

che Friedensforschung liefert auch Handlungsentwürfe für die Politik (im Zusammenhang mit der Brandt'schen Ostpolitik ist z. B. tonnenweise entsprechendes Material bereitgestellt worden). In der Praxis sind diese Arbeiten aber lediglich Teilelement für die Grundlage zum politischen Handeln. Im allgemeinen Falle werden sie sehr bald zur Makulatur, weil sich Politik und Ideologien nicht nach der Wissenschaft richten. Diese ist nämlich zu «konstruiert» und zu geradlinig für eine nicht-konstruierbare, verquere Realität, die durch Menschen mit ihren Widersprüchen geprägt wird.

Die *christlich* orientierte Friedensforschung lässt – sofern sie sich nicht auf theologische Abklärungen des Friedensbegriffes reduziert – in ihre Arbeit ethische Prinzipien einfließen, die sich wissenschaftlichen Kategorien entziehen. Sie will sich auch nicht durch machtpolitische Rahmenbedingungen determinieren lassen. Im Gegenteil: Sie will diese aufbrechen und an ihrer Stelle Handlungsentwürfe für eine Welt ohne Gewalt erforschen. Doch diese ist «Gegenstand der Hoffnung. Sie ist nicht Wirklichkeit». So Pfarrer Eduard Wildbolz, Sprecher jener Kommission, die ihren Bericht im Institut für Sozialethik veröffentlichte.

★

Wie nun diese drei grundlegend verschiedenen Forschungsebenen nach dem Willen des SEK koordiniert werden sollen, wie ihre diametral entgegengesetzten Bedürfnisse in einem gemeinsamen Forschungsprogramm niedergeschrieben werden sollen – diese Antwort wird der SEK der Öffentlichkeit schuldig bleiben. Es sei denn, er macht es sich zu leicht. Und da taucht dann auch die Frage auf, warum er sich gerade auf ein solches, von den Gegebenheiten her kaum sachgerechtes Projekt kapriziert, anstatt sich dort friedensmässig zu engagieren, wo es den Kirchen frommt: bei der Seelsorge. In diesem Kontext heisst das *Friedenspädagogik*, und dazu wären gerade in der erwähnten Studie genügend praktisch realisierbare Vorschläge, die die volle Kraft des SEK forderten.

So aber bleibt der fatale Verdacht, dass man ein Gremium schmieden will, über das die schweizerische Sicherheits- und Aussenpolitik beeinflusst werden soll. Die hohe Politik ist nun aber wirklich nicht Sache der Kirchen – sie haben sich dabei noch nie besonders versiert und klug benommen. Und die Ideologieanfälligkeit ihrer Repräsentanten ist nicht gerade eine Garantie dafür, dass man mit ihnen «Frieden schaffen – Frieden schützen» kann.

Jürg L. Steinacher